

Offene Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2022 ff.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	zust. FD	Stellungnahme Berichtswesen Mai 2023
2.	SPD	<p>Planungskosten zur Ausweitung des Radwegenetzes Wir beantragen die Aufnahme der Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro zur Ausweitung des Radwegenetzes auf den Dörfern des Neustädter Landes analog des Radwegenetzes in der Neustädter Kernstadt.</p> <p>Der Antrag wird umformuliert: Die SPD-Fraktion erinnert an den Ratsbeschluss am 08.07.2021 (Erstellung eines Fahrradmobilitätskonzeptes zur Weiterentwicklung des bestehenden Radwegenetzes) und bittet um die Einstellung der benötigten Mittel i.H.v. 30.000 EUR.</p>	FD 66 (Tiefbau)	Die Planung für die Ausweitung des Radwegenetzes wurde beauftragt.
6.	SPD	<p>VZL Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung eines Nachnutzungskonzeptes mit einer entsprechenden Kostenkalkulation für das ehemalige Veranstaltungszentrum Leinepark (VZL) Neustadt a. Rbge durchzuführen.</p>	FD 61 (Stadtplanung) FD 91 (Immobilien)	<p>FD 61: Nach der Begehung mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser (ArL) und dem Nds. Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (MU) wurde entschieden, dass der Bereich des VZL zurzeit nicht in das Fördergebiet der Innenstadtsanierung aufgenommen wird. Somit können keine Mittel der Städtebauförderung für Umnutzungskonzepte verwendet werden. Die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen sind unverändert.</p> <p>Eine Zwischennutzung der Beckenanlage des ehemaligen Freibades durch den Angelverein Neustadt ist im Gespräch.</p> <p>FD 91: Ein Nachnutzungskonzept für das VZL konnte aufgrund anderer prioritär zu bearbeitender Projekte (u.a. Digitalpakt, KGS Sek-II-Campus) noch nicht erstellt werden.</p>
7.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Übertragung der städtischen Wohnimmobilien auf die Neustädter Immobiliengesellschaft a. Rbge. GmbH (NIG) Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung, die erforderlichen Schritte für die mögliche Übertragung der städtischen Wohnimmobilien auf die Neustädter Immobiliengesellschaft a. Rbge. GmbH (NIG) in einer Entscheidungsgrundlage vorzubereiten und dem Rat vorzulegen.</p>	FD 91 (Immobilien)	Die Prüfung zur Übertragung städtischer Bestandsimmobilien auf die NIG ist abgeschlossen, es liegt hierzu ein Vermerk im Entwurf vor, der derzeit hausintern final abgestimmt wird.
8.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Eigenbetrieb für die Kindertagesstätten Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung, die Errichtung eines Eigenbetriebs für die Kindertagesstätten zu prüfen.</p>	FD 51 (Kinder und Familien)	Im Rahmen der Haushaltsgespräche 2023 wurde das Ergebnis durch die Fachbereichsleitung 4 erörtert und sich darauf verständigt, dass die Einrichtung eines Eigenbetriebs nicht weiter zu verfolgen ist.
9.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Entwicklung des ABN - Prüfauftrag Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung, die Übertragung der Unterhaltung und des Ausbaus der Gemeindestraßen, Plätze, Geh- und Radwege und Brücken auf den Eigenbetrieb ABN zu prüfen. Des Weiteren ist zu prüfen, ob der ABN zum städtischen Eigenbetrieb für die gesamte städtische Infrastruktur weiterentwickelt werden kann (von daher ist zu prüfen, ob z.B. auch der Bauhof, die Grünpflege, die Pflege und Unterhaltung der Spielplätze, das Bestattungswesen und die Stadtreinigung beim ABN angesiedelt werden können).</p>	FD 66 (Tiefbau)	Die Maßnahme wird geprüft.

Ifd. Nr.	Fraktion	Antrag	zust. FD	Stellungnahme Berichtswesen Mai 2023
10.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Erarbeitung und Aufstellung eines Konzeptes zur Haushaltsstabilisierung Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung, ein Konzept zur Haushaltsstabilisierung zu erarbeiten und aufzustellen. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:</p> <p>a) Erarbeitung von strukturellen Veränderungen zum Abbau des regelmäßigen Defizits im städtischen Haushalt b) Prozessanalyse, Soll-Modellierung und Prozessoptimierung. Prozessbeschreibung zur Umsetzung einer ganzheitlichen Digitalisierung der Prozesse und Erstellung eines Umsetzungsplanes c) Erarbeitung von Potentialen zur Senkung von Ausgaben d) Darstellung und Erarbeitung von Potentialen zur Steigerung von Einnahmen</p> <p>Hierbei handelt es sich um eine umfassende Aufgabe, die viele, wenn nicht alle Bereiche der Stadtverwaltung berührt. Für eine erforderliche externe Begleitung sind zunächst Mittel in Höhe von TEUR 500 bereitzustellen. Der Bürgermeister entscheidet über den entsprechenden Umfang und den Einsatz der Mittel. Die Mitarbeitenden innerhalb der Stadtverwaltung sind in die Projektarbeit einzubeziehen.</p>	<p>FD 20 (Finanzwesen) FD 10 (Zentrale Dienste)</p>	<p>Das Projekt "Haushaltsstabilisierung" befindet sich derzeit in der Umsetzung. Hierzu haben bereits mehrere Termine teils mit dem externen Berater (KGS), der Politik und der Verwaltung stattgefunden. Aktuell werden „Ideen“ zur Haushaltsstabilisierung durch die Verwaltung gesammelt. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im 4. Quartal 2023 vorgestellt.</p>
11.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Neubauvorhaben Sekundarstufe 2 (Trakt für das Gymnasium) an der KGS – Änderung der Priorisierung Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung, das Neubauvorhaben Sek. 2 an der KGS vorzuziehen. Die Priorität ist im Rahmen der Aufgabenpriorisierung von 2 auf 1 zu ändern.</p>	<p>FD 40 (Bildung) FD 91 (Immobilien)</p>	<p>Die Leistungsphase 0 ist abgeschlossen. Die Bedarfsfeststellung liegt den Gremien zur Beschlussfassung vor. Die Umsetzung des Projektes ist dahingehend priorisiert, dass die Baumaßnahme direkt im Anschluss an eine politische Entscheidung geplant und umgesetzt wird. Die erforderlichen Finanzmittel zur konkreten Planung des Projektes sind in den Haushalt 2023 eingebracht worden. Die Priorisierung kann dazu führen, dass sich andere Entwicklungsprojekte im Fachdienst Immobilien zeitlich verzögern.</p>
13.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Priorisierung der Tiefbauprojekte Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung, eine Prioritätenliste für die in der Stadtverwaltung vorhandenen Tiefbauprojekte zu erstellen und fortzuschreiben.</p>	<p>FD 66 (Tiefbau)</p>	<p>Die Prioritätenliste wird derzeit bearbeitet.</p>
15.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Gründung eines Neustädter Beirats zur Überwindung des fossilen Zeitalters und zum Klimaschutz Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung, die Erarbeitung eines Konzeptes für die Gründung eines Neustädter Beirats zur Überwindung des fossilen Zeitalters und zum Klimaschutz vorzubereiten. Für die Vorbereitung werden 10.000 € in den Haushalt eingestellt. Fördermittel des Landes Niedersachsen werden beantragt.</p>	<p>01 Klimaschutz</p>	<p>Der Antrag wird aufgrund fehlender Kapazitäten aktuell nicht weiter bearbeitet.</p>

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	zust. FD	Stellungnahme Berichtswesen Mai 2023
16.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Kommunaler Biotopverbund und Förderung der Artenvielfalt</p> <p>Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beantragen, die im kommunalen Besitz befindlichen Flächen von der Verwaltung daraufhin zu überprüfen, ob sie grundsätzlich als Biotopverbundflächen bzw. als Flächen zur Förderung der Artenvielfalt zur Verfügung stehen können, d.h. nicht aufgrund ihrer Nutzung oder anderer Verpflichtungen für diesen Zweck ausscheiden. Ziel ist die Erstellung einer kartografischen und tabellarischen Übersicht mit den in Frage kommenden Flächen (u.a. Größe, aktuelle Nutzung). Diese sollen in einem späteren Schritt in eine Biotopverbundplanung integriert und naturschutzfachlich aufgewertet werden. Um für die in Frage kommenden Flächen bereits im Jahr 2022 konkrete Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität durchführen zu können, werden dafür zusätzlich 15.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Ob diese Summe über Fördermittel des Leader-Programms beantragt werden kann, ist zu prüfen.</p>	FD 61 (Stadtplanung)	<p>Es werden weitere Wegeseitenräume ermittelt, die im Herbst entwickelt werden können. Fördermittel werden dazu beantragt. Außerdem finden Kartierungen und Bürgerinformation statt, um private Pflanzungen in die richtige Richtung zu leiten. Ein Flyer gegen Schottergärten wurde erstellt und soll eine Bereicherung für die Artenvielfalt bewirken. Flächen konnten angekauft werden und sollen im Sinne der Biodiversität entwickelt werden.</p> <p>Die meisten in 2022 beantragten Fördermittel wurden ausgezahlt bzw. befinden sich in der Prüfung.</p>
17.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Neustart des Neustädter Klimaschutzprogramms Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beantragen, dass die Stadt Neustadt die Energiewende unterstützt und die bisherigen Anstrengungen zum Schutz des Klimas bei allen zukünftigen Entscheidungen von Rat und Verwaltung verstärkt, um unserer lokalen Verantwortung für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und zur Eindämmung der weltweiten Klimakrise auch in Neustadt gerecht zu werden.</p>	01 Klimaschutz	Für die Maßnahme wurde ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn zum 01.05.2023 beantragt und bewilligt. Die Ausschreibung und Vergabe wurde durchgeführt. Der Zuschlag wird aktuell erteilt. Dann wird mit der Konzepterarbeitung begonnen.
18.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	<p>Installation von Solaranlagen bei städtischen Neubauprojekten- Photovoltaik-Kataster für städtische Gebäude</p> <p>Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beantragen, Photovoltaikanlagen bei stadteigenen Neubauten nach den lokalen Möglichkeiten in maximaler Größe umzusetzen. Dabei sind Fremdvergabe und Verpachtung der Flächen zulässig. Sämtliche Liegenschaften der Stadt sind hinsichtlich der Eignung zur Installation von Photovoltaik zu prüfen und nach Umsetzbarkeit zu listen. Das Solarpotenzialkataster der Region Hannover kann dabei Hilfe leisten. Alle geeigneten Flächen sind mit Frist von 5 Jahren mit Photovoltaikanlagen zu versehen. Bestehende Förderprogramme (u.a. die einschlägigen KFW-Förderprogramme) werden genutzt. Die Nutzung weiterer Förderprogramme auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene wird angestrebt. Des Weiteren sind – sofern keine oder nicht ausreichende eigene Investitionsmittel kurzfristig mobilisiert werden können – die Möglichkeiten des Contractings auszuschöpfen. Ein Energiemanagement ist zu entwickeln. Die bauordnungsrechtliche Behandlung von Anträgen zum Bau von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen aller Art hat hohe Priorität und erfordert im Konfliktfall aktive Unterstützung zur erfolgreichen Umsetzung durch die Stadt. Negative Bescheide sind in der folgenden Ratssitzung mitzuteilen.</p>	FD 91 (Immobilien)	Die Erarbeitung des Solarkatasters ist abgeschlossen und wurde den politischen Gremien vorgestellt.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	zust. FD	Stellungnahme Berichtswesen Mai 2023
20.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	Radwege durch Versetzung von Pollern sicherer machen Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung zu prüfen, ob mittig auf Radwegen platzierte Poller nach links oder rechts versetzt und mit Markierungen versehen werden können, um eine höhere Sicherheit für Radfahrende zu erreichen. Die Poller, die die Durchfahrt von PKW verhindern sollen, stellen eine Gefahrenstelle auf Radwegen dar, wenn sie sich in der Mitte des Weges befinden. Bei positiver Prüfung sind entsprechende Maßnahmen auszuführen. Mittel sind in den Haushalt 2022 in Höhe von bis zu 15.000 Euro einzustellen.	FD 66 Tiefbau FD 32 Bürger-service	Die Maßnahme wird im Haushaltsjahr 2023 und in den Folgejahren durchgeführt.
21.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	Gutachten zur Sanierung des Veranstaltungszentrums Leinepark (VZL) Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beauftragen die Verwaltung, ein belastbares Gutachten zur Sanierung des Veranstaltungszentrums Leinepark (VZL) erstellen zu lassen. Das Gutachten soll nur den Bereich und die Technik des VZL beinhalten und nicht etwaige Kosten des angrenzenden Freibades. Die Zielrichtung ist, ein Zentrum für Vereine, Kultur und die Stadtgesellschaft in der Kernstadt zu erhalten.	FD 91 (Immobilien) FD 61 (Stadtplanung)	Vorab ist ein Nachnutzungskonzept aufzustellen. Um der Idee eines generationenübergreifenden Freizeitareals gerecht zu werden, sollten bei der Verwaltung und der Politik bestehende Ideen in einer Bürgerbeteiligung darauf überprüft werden, ob diese auch entsprechend angenommen werden würden. Unabhängig von der Öffentlichkeitsbeteiligung ist für ein gut durchplantes Nutzungskonzept in diesem Umfang externe Unterstützung notwendig. Die Kosten für eine Planung unter Bürgerbeteiligung werden auf bis zu 75.000 EUR geschätzt. Basierend auf diesem, in eine Bedarfsfeststellung mündenden Konzept, kann dann ein Sanierungsgutachten erstellt werden. Die Kosten für ein Gutachten unter Berücksichtigung veränderter Nutzung werden auf ca. 100.000 EUR geschätzt. Erst auf Basis dieses Gutachtens lassen sich seriöse Aussagen über die Kosten einer Umsetzung machen. Ein Nachnutzungskonzept für das VZL konnte aufgrund anderer prioritär zu bearbeitender Projekte (u.a. Digitalpakt, KGS Sek-II-Campus) noch nicht erstellt werden.
23.	Gruppe CDU/ UWG/ Bündnis 90 Die Grünen	Klimafolgen von Ratsbeschlüssen Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UWG beantragen, alle deutlich klimarelevanten Beschlussvorlagen des Rates der Stadt Neustadt mit einer Einschätzung der zu erwartenden klimaschädlichen Emissionen der beschlossenen Maßnahme zu versehen. Zur Einschätzung der Klimarelevanz von Beschlussvorlagen sowie zur vereinheitlichten Abschätzung der Intensität und Dauer von Emissionen wird die Klimaschutzmanagerin der Stadt Neustadt beauftragt, ein Raster zu entwickeln, mit dem die Fachdienste klimarelevante Projekte grob darstellen können.	01 Klimaschutzmanagerin	Verschiedene Methodiken für ein Raster wurden identifiziert und dargestellt. Entsprechende Handlungsempfehlungen abgeleitet. Das niedersächsische Klimaschutzgesetz soll noch in diesem Jahr novelliert werden. Es ist möglich, dass hier für die Kommunen ein Klima-Check in Beschlussvorlagen zur Pflichtaufgabe wird. Es werden daher auf die potenziellen Änderungen bzw. weiterführenden Informationen des Landes gewartet, um den Antrag weiterzubearbeiten.
28.	FDP	Antrag auf Schaffung von Stand-, Stell-, und Grundstücksangeboten für Tiny-Houses in Verbindung mit Stellflächen für Wohnmobile Die FDP Fraktion möchte den Bürgermeister beauftragen, alle rechtlichen Voraussetzungen für Stand-, Stell- und Grundstücksangebote für Tiny-Houses, die innerhalb der Stadt Neustadt notwendig sind, abzuklären und entsprechend einzurichten.	61 (Stadtplanung)	Auf dem bisherigen Wohnmobilstellplatz an der Suttorfer Straße werden noch in 2023 zwei Stromsäulen mit jeweils mehreren Steckplätzen errichtet, um das Angebot für Wohnmobilreisende zu verbessern. Die planungsrechtliche Situation der Fläche des ehemaligen Freibades ist unverändert.